Der Landrat

Beratungsergebnis

der 7. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 21.06.2021

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

4. Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie

4.2 Personalbedarf für die weitere Bewältigung der Corona-Pandemie - DS-Nr.: 5482 -

Die SPD-Fraktion erkundigte sich, wie die Verwaltung sicherstellen wolle, dass das benötigte Personal in anderen Verwaltungsbereichen eingesetzt werden könne, wenn der Bedarf an festem Personal doch niedriger als angenommen sei. Man wolle qualifizierte Personen gewinnen und ob diese passgenau woanders eingesetzt werden könnten, hänge auch vom Weiterbildungsmanagement der Verwaltung ab. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung werde sie zustimmen.

Die Verwaltung berichtete, dass es in den nächsten Jahren deutliche planbare Personalabgänge geben werde. Daneben seien aufgrund ungeplanter Fluktuationen rd. 40 – 50 Stellen pro Jahr zu besetzen. Insgesamt veränderten sich im Jahr zwischen 70 – 100 Stellen. Sofern erforderlich, könne man einen Teil des Personals auch ohne eine gezielte Schulung unterbringen. Dort, wo spezielle Kräfte benötigt würden, werde man eine individuelle Entwicklung vornehmen. Es gebe z. B. einen Quereinsteiger-Lehrgang, mit dem auch das allgemeine Verwaltungswissen vermittelt werde.

Die FDP-Fraktion erklärte, dass sie bereits im Ausschuss für Gesundheit gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung gestimmt habe. Es sei richtig, dass man sich für das weitere Management der Coronavirus-Pandemie personell aufstellen müsse. Die Entfristung der 18 Stellen sei aber zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht. Man wisse nicht, wie sich die Pandemie weiterentwickele und inwieweit die Personen für dieses Aufgabenfeld dauerhaft benötigt würden. Die Aussage der Verwaltung, die Personen auf anderen Stellen in der Verwaltung einsetzen zu können, sei ihr ebenfalls zum jetzigen Zeitpunkt zu vage. Sie hätte es begrüßt, zunächst die Befristung aller Stellen zu verlängern, um dann mit etwas mehr Überblick Ende d. J. oder Mitte des Jahres 2022 eine Entscheidung zu treffen.

Die CDU-Fraktion äußerte, dass es sich bei den 3,5 Mio. € um eine beträchtliche Größenordnung für die nächsten Jahre handele. Für eine Entfristung der 18 Stellen spreche, dass man sich das beste Personal sichern könne und durch die Fluktuation später ein Einsatz an anderer Stelle möglich werde. Sobald die flexiblen Teams nicht mehr benötigt würden, müssten diese auch tatsächlich entfallen. Man könne sich nicht ständig eine derartige Personalsteigerung leisten.

Die GRÜNE-Fraktion erklärte, dass sie die vorausschauende Personalplanung begrüße und für unverzichtbar erachte, gerade auch vor dem Hintergrund der jährlichen Fluktuation. Sie sehe die Anzahl von 18 Stellen eher als Untergrenze. Der kommunale Personalbestand sei sehr eng bemessen; überall werde händeringend nach gutem Personal gesucht.

Sodann verabschiedete der Kreisausschuss folgende

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

Von den im Stellenplan 2021 insgesamt 60 bis Ende 2021 befristet ausgewiesenen Stellen werden für den Stellenplan 2022 18 Stellen entfristet. Für weitere 28,25 Stellen wird die Befristung bis zum 31.12.2022 verlängert. Für die verbleibenden 13,75 Stellen sowie für 7,5 zusätzliche Stellen wird die Befristung bis zum 30.06.2022 verlängert. Die KW-Vermerke sind entsprechend zu ändern. Die jeweiligen Eingruppierungen ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Übersicht.

Der Landrat wird ermächtigt, im Vorgriff auf den Stellenplan 2022 die bestehenden Arbeitsverträge entsprechend zu verlängern bzw. die übrigen nichtbesetzten Stellen auszuschreiben und zu besetzen.

Ergebnis: 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme